Politspende für den Schwiegersohn

Seite 2

FDP-Silberschmidt erhält Zustupf von der milliardenschweren Familie seiner Frau

Blick

Fr. 3.- | Mittwoch | 4. November 2026



Von der Piste an die Uni

Skistar Michelle Gisin tritt zurück – und wird Studentin

Sport



Falsch beraten, Millionen kassiert

Anwälte sollen für Fixpreis-Fiasko bei F-35 haften

Seite 3

Weil Alleinstehende bestraft würden

Singles wehren sich gegen die Heirats-Initiative

Folgt auf die Heiratsstrafe die Single-Strafe? Dies befürchtet der Verein Pro Single Schweiz. Werde die Initiative der Mitte am 29. November angenommen, sei dies eine «absolute Katastrophe»

SIMONE STEINER

Ehepaare sollen gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht schlechtergestellt werden. Dies verlangt das Volksbegehren der Mitte. Sylvia Locher (70), Präsidentin von Pro Single Schweiz, bemängelt jedoch, dass eine Annahme zu einer Schlechterstellung der Alleinstehenden führe – und spricht von einer «Single-Strafe». **Generell kritisiert Locher, dass immer von Paaren – verheirateten und unverheirateten – gesprochen werde,** aber kaum von den 1,5 Millionen Menschen in der Schweiz, die in Einpersonenhaushalten leben.

Seiten 2-3



Er hält den Gotthard sauber

Auf Putztour im Basistunnel mit Mauro Frigerio

Seiten 4-5

Amerika hat gewählt

Resultate aus der Nacht jetzt auf Blick.ch und in der App – und morgen im Blick

Fotos Freshfocus, Keystone, Imago

Blick

Redaktion ▸ Blick, Dufourstrasse 23, 8008 Zürich | 044 259 62 62 | redaktion@blick.ch oder vorname.nachname@ringier.ch
Abos ▸ 058 510 73 02 | kundenservice@blick.ch | **Leserreporter** ▸ Tel./Whatsapp an 079 813 80 41

AZ 4800 Zofingen
№ 256 – 68. Jahrgang

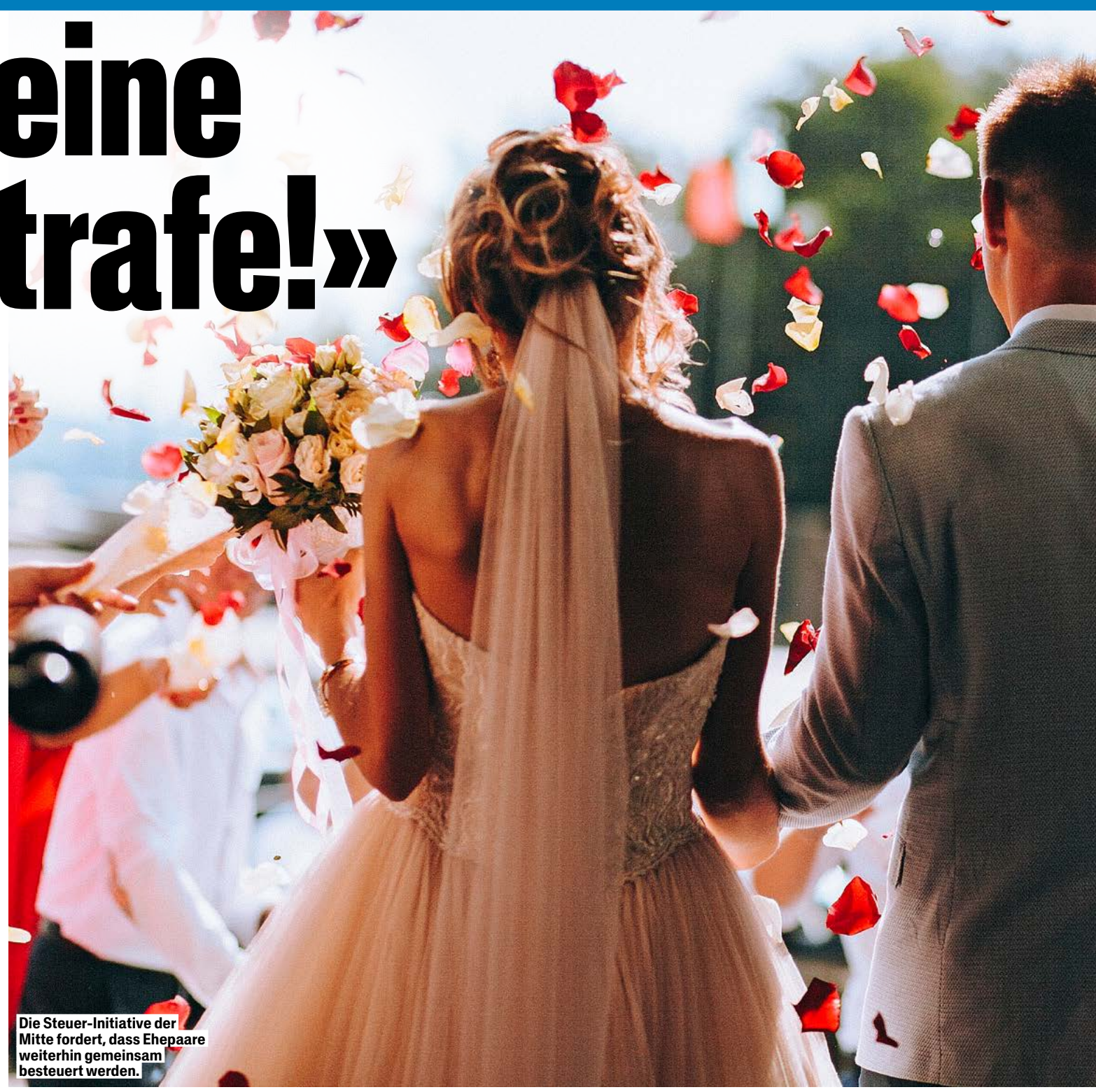
9 771013 066000 00256

Anzeige



Am 29. November stimmt das Schweizer Volk über die Heirats-Initiative der Mitte ab – Alleinstehe

«Das ist eine Single-Strafe!»


Die Steuer-Initiative der Mitte fordert, dass Ehepaare weiterhin gemeinsam besteuert werden.

SIMONE STEINER

Sylvia Locher (70) jubelte, als die Individualbesteuerung am 8. März angenommen wurde. Die Präsidentin von Pro Single Schweiz verspürte eine Riesenfreude: Endlich würden alle, unabhängig vom Zivilstand, nach dem gleichen Tarif besteuert.

Doch jetzt, nur wenige Monate später, stimmt die Stimmbevölkerung wieder über eine Steuer-Initiative ab. **Die Steuer-Initiative der Mitte will, dass die Einkommen von Ehepaaren auf Bundesebene gemeinsam besteuert werden.** Zudem soll das Gesetz sicherstellen, dass Ehepaare gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht benachteiligt werden.

Für Locher wäre dies eine «absolute Katastrophe». Denn damit **würden Alleinstehende weiterhin einen höheren Tarif zahlen als Paare mit Trauschein.** «Das ist eine Single-Strafe», sagt sie zu Blick. Es gebe keinen Grund, warum Singles mehr Steuern zahlen müssten als Verheiratete.


Sieht keinen Grund, warum Singles mehr Steuern zahlen sollten als Verheiratete: Sylvia Locher.

«Bei den Diskussionen um die Initiative könnte man meinen, dass es in der Schweiz nur verheiratete und unverheiratete Paare gibt», kritisiert Locher. Die Alleinstehenden würden dabei oft ausser Acht gelassen. **Zu ihnen gehörten praktisch alle ledigen, geschiedenen und verwitweten Personen.**

Das sei problematisch, denn im Jahr 2025 lebten in der Schweiz laut Bundesamt für Statistik (BFS) 1,5 Millionen Menschen in Einpersonenhaushalten. «Das macht knapp 37 Prozent aller Haushalte aus.» Zudem ist der Anteil der Verheirateten zwischen 1971 und 2025 von 47 auf 40 Prozent gesunken.

Dennoch profitieren von der gemeinsamen Besteuerung nun vor allem Einverdienerpaare oder Paare mit einem geringen Zweiteinkommen. «Das ist ein Familienmodell aus dem letzten Jahrhundert!», kritisiert Locher. **Warum die Alleinstehenden diesen «veralteten Lebensstil» tragen sollten, sei für sie «komplett unverständlich».**

Neben dem höheren Steuertarif befürchtet die Singles-Präsidentin auch, dass die Alleinstehenden auch für die Mindereinnahmen aufkommen müssten. «Irgendwie müssten diese ja kompensiert werden», so Locher. Sie weist darauf hin, dass bereits heute mehr als 40 Prozent der Paare mit Kindern wegen der Abzüge keine direkte Bundessteuer bezahlen.

Die Initiative lässt offen, wer die Mindereinnahmen trägt. Bei einer Annahme hätte das Parlament bis 2030 Zeit, ein Gesetz auszuarbeiten. Es könnte sich für das Vollsplitting, das Teilsplitting oder die alternative Steuerberechnung entscheiden.

Um die Steuerausfälle von bis zu 3 Milliarden Franken zu begrenzen, könnte die Bundesversammlung die Steuersätze erhöhen. **Dadurch würden laut Eidgenössischer Steuerverwaltung (ESTV) Unverheiratete – und damit auch Singles – stärker belastet.** Aber auch ein Teil der Ehepaare könnte mehr Steuern zahlen, wenn die höheren Steuersätze stärker ins Gewicht fallen als die gezielte Entlastung.

Kommt das Parlament innerhalb von drei Jahren nicht auf eine geeignete Lösung, **müsste der Bundesrat die Vorlage per Verordnung umsetzen. Dieses Szenario gilt als wahrscheinlich.** In diesem Fall müsste die alternative Steuerberechnung angewendet werden. Die Mindereinnahmen könnten in diesem Fall bis zu 1,4 Milliarden Franken betragen.

Anders als das Parlament wäre der Bundesrat an die geltenden Steuertarife gebunden. Er hätte aber andere Möglichkeiten, um die Mindereinnahmen aufzufangen. Dazu gehören die Abschaffung des Verheiratetenabzugs, die Abschaffung des Zweiverdienerabzugs sowie eine Einschränkung des Elterntarifs. Dadurch würden laut ESTV Ehepaare und unverheiratete Eltern benachteiligt – nicht aber Singles.


Für Alleinstehende ändere sich nichts, sagt Mitte-Nationalrätin Regina Durrer-Knobel.

Locher bleibt misstrauisch. «Der höhere Steuertarif bliebe dennoch», betont sie. Sie moniert, dass **Singles auch in anderen Bereichen schlechtergestellt würden, obwohl sie strukturell in höheren Pensen arbeiteten und dadurch mehr Steuern zahlten.** So gebe es Nachteile bei der AHV, der Pensionskasse und bei den Erbschaften.

Mitte-Nationalrätin Regina Durrer-Knobel (55) kann mit der Kritik der Single-Präsidentin wenig anfangen. «Bei der Initiative geht es um die Abschaffung der Heiratsstrafe», sagt sie. Rund 690 000 Ehepaare hätten in den letzten Jahren zu viel be-

Spende für FDP-Kampagne von Schwager Andri Silberschmidt

Zuger Familienimperium greift in AHV-Kampf ein

Knapp 890 000 Franken lässt sich allein die FDP den Kampf gegen die Finanzierung der 13. AHV-Rente kosten. Um abzuwenden, dass die Mehrwertsteuer erhöht wird, **darf die Partei auch auf grosszügige Unterstützung aus der Privatwirtschaft zählen.** So spenden etwa die Zürcher Handelskammer, Auto-Schweiz, der Industrieverband Swissmem oder Versicherungsgigant Swiss Life fünfstellige Beträge ins Kampagnenkässeli. So steht es im Melderegister der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK).

Neben den zahlreichen bekannten Namen findet sich in der Liste auch ein eher unscheinbarer Beitrag – jedenfalls auf den ersten Blick. Die Zuger Buru Holding unterstützt die Freisinnigen mit 25 000 Franken. Das ist gleich mehrfach aussergewöhnlich: Es ist nicht nur die erste öffentlich gewordene Politikspende der milliardenschweren Investorenfamilie um Patron Philipp Buhofer (67). Sie fliesst zudem ausgerechnet in die Paradedisziplin von dessen Schwiegersohn. Ein Zufall?

Dabei scheint der Zustupf schon fast bescheiden: **Rund 1,8 Milliarden Franken beträgt das Vermögen der Buhofers.** Im «Bilanz»-Ranking der reichsten Schweizerinnen und Schweizer landeten sie damit vergangenes Jahr auf Platz 113. Die Familienholding unter Präsident Philipp Buhofer ist etwa grösste Einzelaktionärin des Bauriesen Implenia und der Immobiliengesellschaft Cham Swiss Properties.


Seit drei Jahren verheiratet: FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt und Verwaltungsrätin Andrea Buhofer.

In der Politik zeigt sich der Unternehmer jedoch zurückhaltend. Im Register der EFK, das Spenden über 15 000 Franken offenlegt, tauchte er bisher nicht auf. Und auf öffentliche Auftritte zu politischen Themen scheint er ebenfalls zu verzichten. Weshalb bricht Buhofer nun plötzlich damit? Eine Blick-Anfrage bringt wenig Licht ins Dunkel. Mit Argumenten bringen sich Buhofers vorerst nicht ein. Zwar bestätigt die Familie die Spende – die das Bundesregister sowieso bereits aufzeigte. **«Wir nehmen aber keine Stellung dazu», teilt die Assistentin von Philipp Buhofer mit.** Ein leidenschaftlicher Einsatz gegen die AHV-Finanzierung, die den Standardsatz der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte erhöhen würde, tönt anders.


Philipp Buhofer, Buru Holding.

Etwas mehr Aufschluss gibt der Stammbaum: Tochter Andrea Buhofer (32), die ebenfalls im Verwaltungsrat der Familienholding sitzt, sucht nämlich durchaus die Nähe zur Politik. Seit drei Jahren ist sie mit FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt (32) verheiratet. **Die Altersvorsorge gilt beim Zürcher Regierungsratskandidaten als Spezialgebiet,** noch im Juni trat er deswegen in der SRF-«Arena» an.

Aktuell überlässt Silberschmidt die Bühne jedoch anderen Parteimitgliedern – etwa dem Präsidium, bestehend aus Susanne Vincenz-Stauffacher (59) und Benjamin Mühlemann (47) – und scheint sich auf die Zürcher Wahlen zu fokussieren. Überzeugte er im Hintergrund dennoch seine Schwiegerfamilie davon, einen Freundschaftsdienst zu leisten? Eine Anfrage an den Buhofer-Schwiegersohn blieb bislang ohne Antwort.

JOSCHKA SCHAFFNER

Fotos Shutterstock, Philippe Rossier, Keystone